



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21681 - 88

Fernschreiber 0896890

P/XV/25 - 30. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Der Appell de Gaulles an die Nation
Starker Eindruck im Mutterland

48

2 - 3

Das Herz Afrikas wird frei
Der positive Ausgang der Brüsseler Kongo-Konferenz

64

4 - 5

Schweizer Damm gegen ausländische Überflutung
Schutzgesetz gegen Grundstücksspekulation

69

6

Malaria stärker als Verunft?
Kein Geld zur Beseitigung einer Weltgefahr
Von Bruno Kuster, Genf

47

7

Das Gespräch unter Kollegen
Was "christlich" ist, entscheidet nicht das Parteibuch

37

* * *

* *

Der Appell de Gaulles an die Nation

sp - Die Rede des Staatspräsidenten de Gaulle vom Freitagabend hat im französischen Mutterland einen außerordentlich starken Eindruck hinterlassen. Die Presse von links bis rechts ist völlig einmütig in der Würdigung der Haltung des Staatsoberhauptes und verweist darauf, daß de Gaulle - mindestens im Mutterland - tatsächlich mit der Unterstützung aller Franzosen rechnen kann. Auch die Armee im Mutterland steht hinter de Gaulle.

Beim Amtssitz des Staatspräsidenten laufen immer mehr Telegramme von politischen Parteien, Gewerkschaftsorganisationen, wirtschaftlichen und kulturellen Gruppen ein, in denen versichert wird, daß der Staatspräsident "dem französischen Volk aus der Seele gesprochen" habe.

Das alles reicht aber noch nicht aus, um die Möglichkeiten des notwendigen Klärungsprozesses in Algerien selbst schon übersehen zu können. Privaten Korrespondentenmeldungen zufolge soll auch in Algerien die Rede des Staatspräsidenten die nicht unmittelbar am Putsch beteiligte europäische Bevölkerung stark beeindruckt haben, und die Tatsache, daß General de Gaulle versichert hat, er verlasse sich auf General Challe, hat wohl auch einen großen Teil der in Algerien stationierten französischen Armeen nachdenklich gestimmt.

Unabhängig davon bleibt die Frage offen, wie die algerische Befreiungsfront (FLN) reagieren wird. Man weiß nur, daß die FLN ihre Anhänger und die nicht in ihren Reihen stehenden Algerier zu höchster Wachsamkeit aufgefordert hat, woraus geschlossen werden kann, daß die Führung der algerischen Befreiungsfront auf der Grundlage des erneuten Angebots de Gaulles zur Selbstbestimmung politisch antworten wird.

In Mutterland vollzieht sich inzwischen die Bildung einer breiten politischen Front, die über alle Gewerkschaftsverbände, politischen Parteien und Gruppen geht und deren Ziel es zu sein scheint, in Kürze eine Massendemonstration zu Gunsten der de Gaulle'schen Algerienpolitik durchzuführen. Wie verlautet, fanden in den letzten vierundzwanzig Stunden auch zahlreiche Gespräche zwischen den Führern der einzelnen politischen Gruppen statt. Man will offenbar Vorbereitungen für die Bildung einer Art "Notstandsregierung" mit Beteiligung aller politischen Gruppen, außer den Rechtsextremisten, treffen. Die Rolle der Kommunisten ist hierbei noch unklar. Die KP hat zwar öffentlich de Gaulles Algerienpolitik gutgeheißen, will sich aber wahrscheinlich bei politischen Aktionen zurückhalten, - obwohl sie die stärkste Gruppe der Linken ist - um nicht neue Diskussionen innerhalb der sich bildenden Front zu provozieren. Dessen ungeachtet steht aber die von den Kommunisten gesteuerte Gewerkschaftsbewegung (CGT) zusammen mit den anderen Gewerkschaften zu gemeinsamen Aktionen bereit. Auch das Wort "Generalstreik gegen den Faschismus" ist in den letzten Stunden mehrfach aufgetaucht.

All dies läßt darauf schließen, daß de Gaulle seine Rede vom Freitagabend im Wissen auf die Zustimmung des größten Teiles der französischen Nation im Mutterlande aufgebaut hat und daß er entschlossen zu sein scheint, das ihm jetzt politisch entgegengebrachte Vertrauen entsprechend einzusetzen.

Das Herz Afrikas wird frei

ED - Am 1. Juni dieses Jahres wird eines der größten und reichsten Gebiete Afrikas, die je unter der Botmäßigkeit einer europäischen Macht standen, unabhängig. Der belgische Kongo, einst die Privatdomäne König Leopolds I., Schauplatz wilder Greuel, die der ehemalige britische Konsul und irische Nationalist Sir Roger Casement einer schauernden Nachwelt überliefert hat, zugleich aber auch die Grundlage eines gewaltigen Industriekombinats inmitten des schwarzen Erdteils, ein Land mit Zukunft - und Rohstoffen, kurzum das Herz Afrikas hat die ersten Schritte in die Welt der Freiheit, aber auch der Probleme und Schwierigkeiten getan.

Die zuende gegangene Kongo-Konferenz in der belgischen Hauptstadt hat mit der Festsetzung des konkreten Datums der Unabhängigkeit ein positives Ende gefunden und damit zugleich eine Entwicklung abgeschlossen, die mit der Thronrede König Bauduins vor zwei Jahren begonnen hatte.

Nahezu über Nacht war damals die Tatsache einer überraschten Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerückt worden, daß die bis dahin stille, unauffällige paternalistische Ordnung der Belgier nicht sehr viele Jahre mehr aufrechterhalten werden konnte. Das Ende der weißen Kolonialherrschaft, der immer rascher werdende Übergang vom unterdrückten zum staatstragenden Volkstümte auch auf die Afrikaner des Kongo seinen Einfluß aus. Es kam zu Zusammenrottungen, die auf ihrem Höhepunkt ganz gefährlich einem bewaffneten Aufstand à la Mau-Mau oder F.I.N. nahegerückt waren. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die belgischen Kolonialbehörden gelaßen diesem Umstand Rechnung trugen und einen weiteren Verbleib im belgischen Staatsverband für illusorisch erklärten.

Die Furcht, ein zweites Kenia oder Algerien könne entstehen, hat Brüssel zu einem schnelleren Handeln bewegen als ursprünglich geplant war. Aus der Übergangsfrist von vier bis fünf Jahren wurden vier Monate. Zwar wollten die afrikanischen Partner der Kongo-Konferenz ihren belgischen Gesprächspartnern die sofortige Verkündung der Unabhängigkeit abtrotzen, aber dies haben die Brüsseler verweigert. Und wahr-

scheinlich nicht zu Unrecht und zum Schaden der Afrikaner. Die belgischen Behörden wollen den neuen Herren dieses riesigen und weiten Landes eine geordnete Verwaltung und Finanzgebarung übergeben. Und dazu bedarf es wegen der Abwicklung der recht komplizierten Dinge einer längeren Frist.

Entscheidend aber dürfte hierbei sein, daß die Belgier im noch verbleibenden Zeitraum versuchen werden und müssen, die wirtschaftliche Zukunft des Kongo zu erörtern und zu diskutieren. Ihre ehemalige Kolonie ist nicht nur von lebenswichtiger Bedeutung für Belgien, vor allen Dingen muss eine Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefunden werden, welche für die Zukunft praktikierbar und erfolgversprechend für beide ist. Es ist bekannt, wie etwa 12 Millionen DM täglich in der Form von Fluchtkapitalien aus dem Kongo gebracht wurden. Eine solche überstürzte Rücknahme der Investitionskapitalien dürfte eine Katastrophe sein, wenn diese Entwicklung anhalten würde. Zwar sind die Afrikaner hinsichtlich der Beschaffung von Kapitalien aufgrund der Bodenschätze und der wachsenden industriellen Kapazität sehr optimistisch. Aber, schon oft hat man dann beobachtet, wie ein junger Staat seine mühsam errungene politische Freiheit durch wirtschaftliche Bindungen verkaufen mußte, wollte er existieren.

Darüberhinaus wird die innenpolitische Spannung zwischen den verschiedenen Völkern, Stämmen und politischen Parteien nicht so leicht verschwinden. Dar der entscheidende Nationalistenführer einige Zeit lang in der Gestalt des Abako-Führers Kasavubu zu suchen, dürfte der soeben aus einem kongolesischen Gefängnis entlassene Patrice Lumumba die meisten Chancen, erster Ministerpräsident der Republik Kongo zu werden, haben. Beide Afrikaner sind geschworene Rivalen. Doch wird wie in den anderen Gebieten Afrikas auch im Kongo mit der steigenden Entfernung von den hitzigen Kämpfen der Befreiungsperiode die Nüchternheit überwiegen.

Die Entscheidung von Brüssel war klug und notwendig. Daes die Belgier sich so schnell entschlossen, verdient be- und geachtet zu werden.

Schweizer Kampf gegen ausländische Überflutung

K.v.K. - Bern

Die Überflutung der Schweiz mit deutschem Kapital, besonders die sich immer steigenden Land- und Grundstückspreise, die jetzt schon die ganze Eidgenossenschaft zur Privatkolonie Einzelner werden läßt, haben die "Gesellschaft für Sozialforschung" auf den Plan gerufen. Wenn vorher mehr lokalpatriotische Erwägungen im Vordergrund standen, so ist durch die rasante Entwicklung seit dem letzten Sommer eine Art Politikum entstanden. Der "Ausverkauf der Schweiz" hat seit dieser Zeit ein Ausmaß angenommen, das zu schwerwiegenden Befürchtungen Anlaß gegeben ist. Obwohl die deutschen Zeitungen zur Zurückhaltung im Run nach Schweizer Boden aufforderten und dies auch von den zuständigen Schweizer Behörden anerkannt wird, ebete der Strom in keiner Weise ab; im Gegenteil.

Die "Gesellschaft für Sozialforschung", die durch die sich mehrenden Rufe nach einer Gesetzgebung zum Schutz des Schweizer Bodens veranlaßt wurde, die Hintergründe scharf und nüchtern zu untersuchen, kommt zu sehr alarmierenden Ergebnissen. Sie verfährt dabei nicht, die Hauptschuld den Schweizern selbst zu geben, die egoistisch-persönlicher Vorteile wegen ihr teilweise wertloses Land den Strahlen der deutschen Wirtschaftswundersonne aussetzen und die wildesten Immobilienhändlerpflanzen aus der Erde schießen läßt, die in ihren Geschäftspraktiken durchaus nicht zimperlich sind. Ebenso erteilt die Gesellschaft den Banken einen Verweis, die durch eine allzugroßzügige Kreditpolitik den wilden Käufen entgegengekommen sind. Hier soll zunächst einmal der Hebel angesetzt werden, um der Kaufsuche Einhalt zu gebieten.

"Wir riskieren ein Volk ohne Boden zu werden, das nur noch dem Pass nach Schweizer ist", stellt Prof. Caligari fest und setzt fort: "Die Gefahr der völligen Überfremdung unseres Landes war noch nie so groß, wie im Augenblick".

Aber nicht die zahlenmäßige Invasion ist es, die den Schweizer veranlaßt, Überlegungen anzustellen, wie der kalte Inbesitznahme des Landes zu steuern ist. Die Schweiz will Herr im eigenen Haus bleiben, den Geist dieses Hauses bestimmen und nicht eines Tages als Hausmeister den Dienstboten-Eingang benutzen, während die Besitzer von Düsseldorf, Hamburg, Bonn, Paris, Lyon, oder Marseille den Haushalt "finanzieren".

Oder aber, was noch schlimmer wäre: Im Falle von politischen, sozialen oder Wirtschaftskrisen das Land als Refugium oder gar Plattform eigener Interessen beziehungsweise artfremder Ideologien betrachten. Gerade die letzten Geschehnisse in Deutschland und Frankreich sind es, die den Abwehrbestrebungen der Schweiz neuen Auftrieb gegeben haben. Man erkennt, daß in Deutschland die Vergangenheit noch nicht bewältigt ist und erinnert in diesem Zusammenhang an die Gesundheitsstation Davos von wo die "Gauleitung Schweiz" während des nationalsozialistischen Interregnums das Feuer des Agitations-Herdes schürte. Wenn auch "kein ursächlicher Zusammenhang mit den Vorkommnissen in Deutschland und Frankreich besteht, so haben sie doch einen gewissen Einfluß auf unsere Bestrebungen zur Verhinderung einer Überfremdung", sagte dieser Tage ein höher Beamter einer zuständigen Behörde zu dem Berichterstatter. Die Schmierereien in Deutschland, die Wirren in Algier und auch in Frankreich sind bis in's hinterste Alp Dorf gedrungen und haben das Volk der Hirten zur Wachsamkeit gerufen. Gerade Frankreich wird in diesen Überlegungen nicht ausgenommen. Der Schweizer traut dem Bestände der 5. Republik de Gaulles nicht recht. Er fürchtet, daß aus ihren Garanten der Gegenwart einmal die Emigranten der Zukunft werden könnten. Auch hiervon will er sich schützen.

Der Schweizer verleugnet zwar in keiner Weise seine Sendung als klassisches Land des Asyls, er will sich dieser Berufung auch nicht entziehen, doch er will - im Falle der Not - sein Haus freiwillig zur Verfügung stellen, Gastgeber bleiben, jedoch nicht als Hausverwalter nur auf Order verheizen und Betten machen und in nachherigen Rader der Bewohner hereingezogen werden. Gerade um dieses Hereinziehen in fremde Hände zu vermindern, zahlt jeder Schweizer Bürger, vom Eintagsflügling bis zum sterbenden Greis, Monat für Monat 25 Rande Franken für die Verteidigung des Landes. Er will auf seinem Boden Herr und Gebieter bleiben und sich nicht durch den "Ausverkauf" den Grund unter den Füßen wegnehmen lassen, auf dem er seit Jahrhunderten steht.

Deshalb die Forderung nach einem Schutzgesetz, das, trotz noch bestehender verfassungsgerechter und föderativer Schwierigkeiten, kommen wird.

Malaria stärker als Vernunft ?

Von Bruno Kuster, Genf

Beinahe die Hälfte der Erdbevölkerung, 1 237 Millionen Menschen, ist der Malaria ausgesetzt. Vor einigen Jahren hat die Weltgesundheitsorganisation eine Kampagne eingeleitet, um die Malaria gänzlich auszurotten. Noch nie hat sich die Menschheit auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik eine derart gigantische Aufgabe gestellt. Technisch bieten sich keinerlei unüberwindliche Schwierigkeiten. Es geht darum, den Träger der Malaria, die Anophelesmücke, zu vernichten. Auf halbem Wege darf man nicht stehen bleiben, denn erstens würden die von der Malaria befreiten Gebiete erneut verseucht, und zweitens beginnt die Stechmücke, den Vernichtungsmitteln Widerstand zu leisten. Man muß mit ihr fertig werden, bevor sie Zeit hat, sich überall auf Abwehr umzustellen.

An der Tagung des Exekutiv-Rates der Weltgesundheitsorganisation äußerte sich ihr Generaldirektor, Dr. M.C. Candau, über die erzielten Erfolge sehr befriedigt, fügte aber warnend hinzu: "Wenn die Ausrottung nicht gelingt, so nicht aus technischen Gründen, sondern weil uns das Geld fehlt".

258 Millionen Menschen konnten bis jetzt von der Malaria erlöst werden. In Gebieten mit total 641 Millionen Einwohnern ist der Vernichtungsfeldzug gegen die Stechmücke gegenwärtig im Gang. Für weitere 95 Millionen Menschen wurden ernsthafte Hilfsmaßnahmen vorbereitet. Die Zonen, in denen die Malaria-Mücken den Vernichtungsmitteln bereits Widerstand leisten, werden von 30 Millionen Menschen bewohnt.

Muß der Feldzug nun mangels Mitteln abgebrochen werden? Vom Gesamtbetrag von elf Millionen Dollar, der für diese Kampagne bisher aufgebracht werden konnte, wurden 95 Prozent von den USA beigesteuert! Für die Durchführung der für 1960 vorgesehenen Aktionen fehlen noch 1,3 Millionen Dollar und für eine selbst eingeschränkte Tätigkeit im Jahre 1961 noch 7,7 Millionen.

Angesichts dieser bedrückenden Lage konnte Dr. Candau jedoch darauf hinweisen, daß er von einigen Regierungen weitere Zusagen erhalten habe. Im Verlaufe der Debatten kündete der australische Delegierte einen Beitrag von 15 000 australischen Pfund und der sowjetische einen solchen in der Höhe von einer Million Rubeln, allerdings in Form von Naturalien, an. Die deutsche Bundesregierung ließ durchblicken, daß sie demnächst eine Million Mark beisteuern wird. Die norwegische Regierung sagte 100 000 Dollar zu unter der Bedingung, daß eine größere Anzahl anderer Länder im gleichen Verhältnis Opfer bringen. Es scheint somit, daß, sobald das Eis einmal gebrochen ist, die für das laufende Jahr dringend benötigten Mittel doch noch zusammenkommen werden.

Man ist zwar durchaus fähig, Vernichtungswaffen herzustellen, welche die Erde in eine Wüste verwandeln können, aber ist man außerstande, die doch so bescheidenen Mittel zu erübrigen, die es ermöglichen würden, die Hälfte der Menschheit von einer entsetzlichen Krankheit zu erlösen? Ist die Malaria wirklich stärker als unsere Vernunft?

Das Gespräch unter Kollegen

"Die Christen" wollen dieses und "die Christen" sind gegen jenes. Wie oft hört man in den Betrieben und Dienststellen oder auf Tagungen der Parteien oder der Gewerkschaften diese Bezeichnung einer bestimmten Personengruppe. Gemeint sind, zum Zwecke der genauen Kennzeichnung ihres politischen Standortes, solche Personen, die der CDU/CSU nahestehen oder ihr angehören.

Diese vereinfachende Kennzeichnung ist nicht nur eine grobe politische Fahrlässigkeit, sondern vor allem eine völlig falsche Aufgliederung der im betrieblichen und gewerkschaftlichen Raum agierenden politischen Kräfte in "Christen" und "Nichtchristen". Jeder weiß, daß diese Verallgemeinerung in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Darum sollte man sich aus guten Gründen eine bessere sprachliche Disziplin bei der Bezeichnung der verschiedenen politischen Gruppen angewöhnen, um eindeutig auszudrücken, wen man tatsächlich meint. Der CDU/CSU kann es nur recht sein, wenn in der bisherigen verallgemeinernden Bezeichnung ihrer Anhänger fortgefahren wird, denn dadurch unterstützt man nach besten Kräften ihren Anspruch auf die Vertretung aller "christlichen Anliegen und Belange", worunter sie natürlich ausschließlich die politischen Interessen und Zielsetzungen ihrer Partei versteht.

Dieser Totalitätsanspruch auf alle Menschen christlichen Glaubens in Betrieben, Dienststellen und Gewerkschaften findet seinen Ausdruck in der Bezeichnung von CDU/CSU-Betriebsgruppen als "Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmer" oder durch Hinzufügung des Wörtchens "sozial", als "Christlich-soziale Betriebsgruppe" oder im gewerkschaftlichen Raum als "Christlich-soziale Kollegenschaft".

Man sollte es ihnen nicht so leicht machen, neben der Aufrechterhaltung ihres Ausschließlichkeitsanspruchs auf alles Christliche, die Tätigkeit anderer mit dem Odium des Unchristlichen zu belasten. Es gibt keine "christlichen" Betriebsräte und Vertrauensleute, zumindest nicht ausschließlich bei der CDU/CSU, und ebensowenig christliche Gewerkschafter, auch dann nicht, wenn sie diese Bezeichnung in ihrem Firmenschild tragen.

Ob jemand christlich oder unchristlich ist, darüber entscheidet neben seinem Glaubensbekenntnis ausschließlich sein tägliches Verhalten gegenüber dem Mitmenschen, seinem Nächsten, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder in der Familie, oder wo immer die Menschen miteinander zusammenkommen oder aufeinander angewiesen sind -, aber niemals sein Parteibuch.

+ + +

Aus: "Sozialdemokratischer
Personalräte-Brief"

Verantwortlich: Günter Markscheffel